



JUNGE UNION
Schleswig-Holstein

Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates vom 14. März 2015 in Flensburg

Flensburger Erklärung gegen die Verharmlosung und Verherrlichung des Linksextremismus

Während der Kampf gegen den Rechtsextremismus einem modernen Ablasshandel gleicht und deren Verfechter sich einer moralischen Vorherrschaft sicher zu sein glauben, wird der Linksextremismus in großen Teilen der Bevölkerung entweder unterschätzt, verharmlost oder sogar als wünschenswert erachtet.

In einer jüngst veröffentlichten Studie geben 40 % der Befragten an, dass der Kommunismus eine erstrebenswerte Gesellschaftsform sei, die bis jetzt nur fehlerhaft umgesetzt worden ist. Sogar 61% geben an, dass in Deutschland keine Demokratie vorherrsche, da die Interessen ausschließlich von der Wirtschaft gelenkt werden. Ebenso erschreckend ist, dass fast die Hälfte der Befragten die soziale Gleichheit wichtiger als die individuelle Freiheit ansieht. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass das linksextreme Personenpotential bei über 15% liegt. Das bedeutet nichts anderes, als dass rechnerisch über 10 Millionen Menschen unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundordnung ablehnen.

Diese erschreckenden Erkenntnisse müssen für die Junge Union einmal mehr eine Mahnung sein, eindringlich für die in Deutschland geltende Grund- und Werteordnung einzutreten.

Es gilt insbesondere, der Verharmlosung linksextremer Gewalt entschieden entgegenzutreten. Politisch motivierte Straftaten, seien sie aus dem rechten oder linken Lager, sind nicht zu dulden. Hier muss es die Aufgabe sein, die öffentliche Wahrnehmung für die Gefahren linksmotivierter Taten zu sensibilisieren. Dass es seit Jahren zu einem stetigen Anstieg linker und linksextremer Taten kommt, wird von einem Großteil der Bevölkerung so nicht wahrgenommen.

Für die Junge Union gilt es mehr denn je, linker Meinungsmache und gewaltverherrlichenden Anhängern linker Ideologien nicht die Meinungshoheit gewinnen zu lassen. Die in Deutschland geltenden Werte wie die individuelle Freiheit des Einzelnen, die staatliche gewährleistete

Sicherheit für Personen und Sachgüter, die Meinungsfreiheit oder Toleranz sind unschätzbar wertvolle Errungenschaften, die wir uns in unserem Vaterland nicht von Extremisten, sowohl von links als auch von rechts, genauso wie von religiös motivierten Tätern, kaputt machen dürfen.

Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- Eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung für das Gefahrenpotential des linksextremen Spektrums.
- Eine Wertediskussion innerhalb der CDU darüber, welche Werte in Deutschland bedroht sind und wie diese zu schützen sind.
- Von jedem Parteimitglied ein engagiertes Eintreten für die herrschende Werteordnung im privaten Bereich.
- Die noch konsequentere Verfolgung politisch motivierter Straftaten.
- Abkehr von der Unterscheidung „linker“ und „linksextremer“ Straftaten im Verfassungsschutzbericht.